



Dr. Herbert Barthel,  
Referent für Energie und Klimaschutz

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

Landesfachgeschäfts-  
stelle Nürnberg  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-0  
Fax 09 11/86 95 68

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht  
Unser Zeichen    Vortrag 5.11.2015  
Datum            5.11.15

lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Zusammenfassung des Vortrages von Herbert Barthel, Referat für Energie und Klimaschutz,  
vom 05.11.2015 in Gochsheim

### **„AKW Grafenrheinfeld, Abschaltung 2015**

#### **Stilllegung – und dann? Rückbau? Freimessung? Lagerung?“**

- 1) E.ON beantragt die Stilllegung und den Abbau der Anlage AKW Grafenrheinfeld nach § 7 (3) AtG auf Basis ihrer unternehmerischen Bewertung, und das Umweltministerium bearbeitet nur diesen Antrag der E.ON.  
Der BUND Naturschutz fordert: Immissionsschutz und Gesundheitsschutz müssen erste Priorität haben. Erforderlich ist daher zunächst eine neutrale Alternativenprüfung, die Optionen wie „sicherer Einschluss“, „Abbau/Abriss“ und andere umfassen. Das Konzept des Freimessens potentiell mit radioaktiven Isotopen kontaminierter Anlagenteile ist fragwürdig, deren unkontrollierte Freigabe in die Gesellschaft ist nicht verantwortbar.
- 2) E.ON beantragt die Stilllegung und den Abbau von Anlagenteilen in Teilschritten, in sog. Abbauphasen; vorgesehen sind zwei Phasen auf der Grundlage voneinander unabhängiger Genehmigungen. Öffentlichkeitsbeteiligung ist jedoch nur für Phase 1 geplant, weitere Phasen werden zwischen Behörde und E.ON abgestimmt.  
Der BUND Naturschutz fordert: Öffentlichkeitsbeteiligung für alle Phasen!
- 3) Der BUND Naturschutz fordert: Keinerlei Bauarbeiten am Reaktorsystem, solange hoch-radioaktive, „heiße“, abgebrannte Brennelemente im Nasslager unter Wasserkühlung liegen.

- 4) Der BUND Naturschutz fordert: Umgehende, umfassende Prüfung und substantielle Verbesserung der Sicherheit des Zwischenlagers Grafenrheinfeld, in dem hoch-radioaktive, abgebrannte, Wärme-entwickelnde Brennelemente in Castoren unter Luftkühlung, mit einer Genehmigung bis 2046 lagern. In dieser Genehmigung wurden u.a. der Absturz einer großen Zivilmaschine wie Airbus 380 oder mögliche terroristische Angriffe nicht ausreichend berücksichtigt. Gemäß Zwischenergebnissen in 2015 der vom Bundestag 2013 eingesetzten Endlagersuchkommission ist ein zentrales Lager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland erst ab ca. 2100, d.h. in 3-4 Generationen, in Sicht.

Der BUND Naturschutz fordert: Eine weitgehende Analyse zur Verbesserung der Sicherheit des Zwischenlagers. Der BUND Naturschutz fordert zudem, dass am Zwischenlager die technische Möglichkeit bestehen muss, potentiell Atommüll aus schadhaften Castoren umzulagern.

- 5) Der Bund Naturschutz fordert: Substantielle Verbesserung der Sicherheit der Lagerung für mittel- und schwach-radioaktive Abfälle in Grafenrheinfeld. Das Endlager-Konzept Schacht Konrad ist technisch und juristisch höchst fragwürdig. Ein zentrales Lager ist erst ab unbekannter Zeit in Sicht. Der BUND Naturschutz fordert, die Sicherheit der Lagerung in Grafenrheinfeld deutlich zu verbessern.